

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Stadtbourat Klaus-Dieter Kottek

Stadtrat Dr. Jens Gaul

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Recht Marion Fiedelak

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Büroleitung Oberbürgermeister Claudia Wachenfeld

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 8

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	65/2013
7.1.1	Bebauungsplan Nr. 49 / 2. Änderung -Mellum-Börsen-Mitscherlichstraße-Eisenbahn-Bordumstraße -Aufstellungsbeschluss-	80/2013
7.1.2	Umgestaltung Schellingstraße - Entwurfsbeschluss (Verkehrsplanung und Kanalerneuerung)	83/2013
7.2.1	Änderung der "Entgeltordnung für das Stadttheater"	82/2013
9.1	Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman (FDP) auf Fortführung des Freistrahilverfahrens für mindestens 5 Jahre	514/2013

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 13.02. und 27.02.2013

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

(bei Enthaltung von Herrn von den Berg zum Protokoll vom 27.02.2013 aufgrund Abwesenheit)

Die Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 13.02. und 27.02.2013 werden genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Zur Durchführung einer aktuellen Stunde lagen keine Anträge vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

6.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **65/2013**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.04.2013 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Geldspende(n):

Zuwendender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. GDF Suez Energie Deutschland AG Nicole Bärwinkel, Niedersachsendamm 10, 26386 Wilhelmshaven	5.000,00 €	GS Wiesenhof für die Einrichtung eines „grünen Klassenzimmers“ (naturnahe Lernumgebung im Außenbereich der Schule für themennahen Unterricht)
2. Bauverein Rüstringen eG, Herr Lutz Weber, Störtebekerstr. 1, 26386 Wilhelmshaven	3.000,00 €	Jugendamt der Stadt Wilhelmshaven für das Projekt „Frühe Hilfen in der Stadt Wilhelmshaven“

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)

7.1.1 Bebauungsplan Nr. 49 / 2. Änderung **80/2013**
-Mellum-Börsen-Mitscherlichstraße-Eisenbahn-Bordumstraße
-Aufstellungsbeschluss-

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.04.2013 vor und informierte über die dortigen Beratungen: Der Ausschuss sehe das Grundstück nicht als richtigen Platz für einen Garagenhof und habe daher den Vorschlag einstimmig abgelehnt.

Oberbürgermeister Wagner hielt dem entgegen, dass die Verwaltung bereits seit vielen Jahren versuche, das Grundstück zu vermarkten. Als erster Schritt zur Verbesserung sei eine Bebauung mit einem Garagenhof besser, als mit der dort herrschenden Situation weiterhin zu leben.

Herr Dr. Graul bestätigte, dass es sich bei diesem Gebiet um einen sozialen Brennpunkt handele. Die Stadt investiere bereits über die Städtebauförderung erhebliche Mittel in diesen Stadtteil, daher sehe auch er keine Probleme im Bau eines Garagenhofes als Einstieg in eine Entschärfung der dortigen Situation. Schließlich sei es auch im Sinne der Anwohner, das eigene Auto sicher abstellen zu können.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erstaunt gegenüber der ablehnenden Haltung von Seiten des Rates. Die Stadt könne es sich nicht erlauben, auf eine Bebauung zu verzichten, besonders vor dem Hintergrund der bereits jahrelangen Bemühungen um eine Vermarktung. Daher stimme er den Ausführungen seines Vorredners zu. Er vermisse hier zudem Gegenvorschläge anstelle der bloßen Ablehnung.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Breuer** erklärte **Herr Kottek**, bei der Kaufsumme handele es sich um eine ortsübliche Summe. Bei der eingeschossigen Bebauung handele es sich tatsächlich um einen Garagenhof, auch wenn dies nicht explizit in der Beschlussvorlage erwähnt werde. Bezüglich

der Gestaltung werde es verschiedene Auflagen geben, die in den Vertrag einfließen. Es handele sich hierbei um ein übliches, und in Bant bereits verschiedentlich durchgeführtes Verfahren.

Herr Jacques wendete ein, dass für die Südstadt eine andere Bebauung vorgesehen sei, als ein solcher Garagenhof. Besser sei, eine Alternative zur ursprünglich vorgesehenen dreigeschossigen Wohnbebauung zu finden.

Nachdem die Thematik zwischen **Frau Breuer, Herrn Kottek, Frau Linsen-Steiner** und **Herrn Becker** weiter diskutiert worden war, informierte **Herr Kottek**, dass die jetzige Bebauung im Umfeld dieses Grundstückes zu einer Zeit entstanden sei, als wesentliche Merkmale des heutigen Baugesetzbuches noch nicht galten. So sei es damals noch nicht erforderlich gewesen, entsprechende Stellflächen anzubieten. Bei einer heutigen Bebauung sei dies vorgeschrieben und auf der dort sehr begrenzten Fläche nur schwer zu realisieren. Eine Ablösung dieser Pflicht führe jedoch zu einer finanziellen Zusatzbelastung, die bisher regelmäßig dazu geführt habe, dass Kaufinteressenten wieder zurückgetreten seien.

Herr Hellwig zeigte sich skeptisch, ob es städtebaulich sinnvoll sei, dort als Alternative Fertiggaragen aufstellen zu lassen. Er wies abschließend darauf hin, dass sich auch der Betriebsausschuss als das für einen möglichen Verkauf zuständige Gremium bereits im Vorfeld gegen dieses Vorhaben ausgesprochen habe.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

(bei 11 Ja-Stimmen: BASU-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ohne Herrn Büscher; WBV-Fraktion; FDP; Oberbürgermeister Wagner und 32 Nein-Stimmen: CDU-Fraktion, SPD-Fraktion; UWG-Fraktion; Die Linke; Herr Büscher, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 49 / 2. Änderung- MELLUM- BÖRSEN-MITSCHERLICHSTRASSE – EISENBAHN- BORDUMSTRASSE** - gem. Vorlage.) Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3(1) und 4(1) BauGB durchgeführt. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.1.2 Umgestaltung Schellingstraße - Entwurfsbeschluss (Verkehrsplanung und Kanalerneuerung)

83/2013

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.04.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman verlieh seinem Unmut angesichts der für die Umgestaltung erforderlichen Summe Ausdruck. Dies sei vor dem Hintergrund der Haushaltslage utopisch. Zudem gebe es für das Gelände noch kein Gesamtkonzept; erst wenn ein solches vorliege, sei dieser Schritt sinnvoll. Zudem drängten sich ihm bei diesem Projekt diverse offene Fragen auf. Er halte das Vorhaben für unausgereift und überteuert und rate daher dringend, den Beschlussvorschlag abzulehnen.

Frau Breuer signalisierte die Zustimmung der Gruppe Grüne/WBV zu den von Herrn Dr. von Teichman eingebrachten Bedenken.

Herr Kottek erklärte, die Maßnahme resultiere aus umfangreichen Arbeiten im Untergrund der Fahrbahn. Es sei daher nur folgerichtig, wenn im Anschluss auch die Oberfläche entsprechend behandelt werde. Die Struktur der Straße bleibe dabei im Wesentlichen vorhanden. Im Übrigen habe die Bauverwaltung ihr Möglichstes versucht, das Vorhaben so günstig wie möglich zu gestalten.

Herr Dr. Graul ergänzte, die Kosten lägen etwa gleichauf mit den Sanierungskosten der Heppenser Straße. Außerdem sei es nur folgerichtig, wenn eine begonnene Sanierung bestmöglich abgeschlossen werde. Auch sei sehr wohl eine Gesamtplanung im Zusammenhang mit der Schule erfolgt.

An der weiteren angeregten Diskussion, bei der hauptsächlich um die Verkehrssituation wie auch die -sicherheit ging, beteiligten sich **Herr Walpurgis, Frau Gastmann, Herr Dr. von Teichman, Herr Biehl, Herr Hellwig, Frau Biester, Herr Becker** und **Herr Walzner**.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion **beantragte Herr Sokolowski die Verweisung an den zuständigen Fachausschuss**. Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde jedoch **mehrheitlich abgelehnt** (bei 13 Ja-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion ohne Herrn Walzner; FDP; Die Linke und 30 Nein-Stimmen: CDU-Fraktion; SPD-Fraktion; Oberbürgermeister Wagner; Herr Walzner, UWG-Fraktion).

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 13 Nein-Stimmen: Gruppe Grüne/WBV; BASU-Fraktion; UWG-Fraktion ohne Herrn Walzner; FDP; Die Linke und 30 Ja-Stimmen: CDU-Fraktion; SPD-Fraktion; Oberbürgermeister Wagner; Herr Walzner, UWG-Fraktion)

Dem Entwurf des beauftragten Büros Ingenieurgesellschaft Northwest GmbH, Oldenburg, zur Umgestaltung der Schellingstraße (Verkehrsplanung und Kanalsanierung) wird zugestimmt.
(Planungsstand 09.04.2013)

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2013 und des entsprechenden Wirtschaftsplanes TBW.

7.2 Ausschuss für Sport und Kultur (Ratsherr Möhle)

7.2.1 Änderung der "Entgeltordnung für das Stadttheater"

82/2013

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur vom 11.04.2013 vor.

Herr von den Berg wie auch **Frau Biester** äußerten sich übereinstimmend lobend über die Qualität und die Bedeutung des Stadttheaters.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Änderung der Entgeltordnung des Stadttheaters ab der Spielzeit 2013/2014 wird zugestimmt.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es wurde nichts vorgetragen.

9 Anträge9.1 Antrag von Ratsherrn Dr. von Teichman (FDP) auf Fortführung des Freistrahilverfahrens für mindestens 5 Jahre **514/2013**

Herr Föhlinger beantragte gem. § 10 Abs. 1 d der Geschäftsordnung die **Verweisung des Antrages an die zuständigen Fachausschüsse**. Der Antrag sei im Verwaltungsausschuss nicht vorbereitet und daher nicht beschlussreif für den Rat.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich erstaunt, dass sein Dringlichkeitsantrag im Verwaltungsausschuss nicht behandelt worden sei. Er weise jedoch darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss auch jetzt noch kurzfristig zur Vorbereitung zusammentreten könne.

Oberbürgermeister Wagner hielt dem entgegen, es gehe hier nicht allein um die reine formaljuristische Behandlung des Antrages, sondern auch um die Möglichkeit einer sachgerechten Vorbereitung für die Ratsmitglieder. Im Übrigen liege eine Dringlichkeit nicht vor, es drohe durch den Aufschub der Entscheidung kein unwiederbringlicher Schaden.

Frau Breuer bat um Auskunft, warum eine Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss nicht möglich gewesen sein sollte.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, dass das Thema im Umweltausschuss ausreichend vorbesprochen worden sei. Es stelle sich ihm bezüglich des Antrages von Herrn Föhlinger die Frage, welcher Ausschuss sich für eine ordentliche Vorbereitung noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen solle. Er halte das Thema sehr wohl für dringlich, damit die Freistrahlanlagen zur Belüftung des Banter Sees so bald wie möglich wieder in Betrieb genommen würden.

Herr Prof. Reuter erinnerte daran, dass der Rat den weiteren Betrieb der Anlagen auf Kosten der Stadt bereits abgelehnt habe. Eine Weiterführung dieses Projektes bedeuteten weitere Kosten für den städtischen Haushalt. Die seiner Meinung nach für eine solche Entscheidung ausschlaggebenden Ausschüsse, wie der Finanzausschuss und der Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude, hätten sich mit der Thematik noch nicht befasst. Es fehle somit an einer wichtigen Grundlage für eine erneute Entscheidung des Rates.

Oberbürgermeister Wagner wendete ein, es fehle ferner für eine Befassung des Verwaltungsausschusses mit diesem Thema an einem Antragsrecht des Herrn Dr. von Teichman für dieses Gremium. Dort seien lediglich die Mitglieder des Verwaltungsausschusses antragsberechtigt.

Auf Nachfrage von **Herrn Sokolowski** erklärte **Oberbürgermeister Wagner**, die fehlende Vorbereitung des Antrages von Herrn Dr. von Teichman im Verwaltungsausschuss habe nichts mit dem Zeitablauf zu tun, sondern mit dem Antragsrecht. Antragsberechtigt im Verwaltungsausschuss seien eben nur die diesem Ausschuss angehörenden Mitglieder.

Der **Geschäftsordnungsantrag von Herrn Föhlinger** wurde anschließend mit den Stimmen von SPD- und CDU-Fraktion (in Abwesenheit von Herrn Wilhelm) sowie von Oberbürgermeister Wagner **mehrheitlich angenommen**.

Im Anschluss an die Abstimmung entspann sich eine Diskussion zwischen den **Herren Biehl, Oberbürgermeister Wagner** und **Dr. von Teichman** über die allgemeine Vorgehensweise beim Vorlegen von Anträgen sowie über den weiteren Ablauf der Beratung des Antrages von Herrn Dr. von Teichman.

Die Debatte wurde erst durch den **mehrheitlich angenommenen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Felbier auf Übergang zur Tagesordnung** beendet.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-
Der Rat möge beschließen:

Das Freistrahilverfahren wird ab diesem Jahr mindestens für die kommenden fünf Jahre fortgesetzt.

Begründung:

Die Gutachten von Prof. Liebezeit und aus der Fachhochschule ergeben deutliche Hinweise (im Gegensatz zu den von der Verwaltung gezogenen Schlussfolgerungen), dass das Freistrahilverfahren in den letzten 5 Jahren einen positiven Effekt auf den Banter See gehabt hat und das wichtigste Ziel, nämlich das Wachstum der Cyanobakterien, weitgehend verhindert werden konnte. Es wäre in hohem Maße schädlich, die aufgezeichneten Erfolge durch einen Abbruch der Maßnahme zu gefährden, zumal in absehbarer Zeit keine anderen realistischen Handlungsmöglichkeiten für den See zur Verfügung stehen.

B. Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:40 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin